

2014, Jahr 7 nach der wohl größten Finanzkrise seit dem 2. Weltkrieg. Die Regierungen der größten Weltwirtschaftsnationen planen oder führen große Ausgaben zur Bankenrettung oder wieder in Schwung Bringung der Wirtschaften durch, sehr zum Wohlwollen vieler ökonomen. Und doch sei angemerkt, daß es eine nicht geringe Anzahl an kommentaren gab und gibt, die diesen Maßnahmen kritisch bis ablehnend gegenüber stehen. Sie tun es aus verschiedenen Gründen, manche aus praktischen, manche aus analytischen und manche aus ideologischen Gründen.

Der Fokus der Debatte geht zurück auf die von Hayek mit begründete, sogenannte „österreichische Schule,“ welche nicht selten das Argument mangelnder Effektivität gegen das Eingreifen des Staates in die Wirtschaft geschwungen haben. Von ihrem Standpunkt aus, sollten Individuen ihre eigenen Entscheidungen treffen mit minimaler Beeinträchtigung durch den Staat.

Dieser Standpunkt ist derzeit nicht repräsentativ für die vorherrschende Hauptströmungen neomonetaristischer und neokeynsianischer Wirtschafts- und Geldpolitik.

Hauptsächlich handelt es sich dabei um eine These, die mit wenig empirischer Belegbarkeit belastbar ist, allerdings kann diese These helfen die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, wo das Eingreifen der Regierungen katastrophal gescheitert ist; jedoch auch ihr Gegenteil: die Beispiele, wo diese Interventionen funktionierten.

Ist das alte, liberale Prinzip „Laßt das Kapital in den Händen der Einzelnen Früchte tragen“ immer noch der richtige Leitsatz, oder ist wirklich der Staat kompetenter zu entscheiden, wo und in welcher Form das verfügbare Kapital am zweckmäßigsten zu verwenden ist? (?, S.23f)

Schaut man sich die Geschichte der Entwicklung der (Finanz-)Märkte seit dem 16. Jahrhundert an, so kann man wieder und wieder ein, ob nun kürzlich oder in Vergangenheit eines beobachten: Umregulierte Märkte boomen und kollabieren schließlich. Die aller ersten Märkte reagierten damals mit erzwungener Standardisierung von Gewichten und Maßeinheiten, eine Regulierung, der sich auch Hayek nicht verschloß.

Ironischerweise plädieren gerade die Vertreter einer Nicht-Regulierungs-Sichtweise im Namen des Allgemeinwohls für die Maximierung der individuellen Freiheit. Die Kosten des Individuellen Scheiterns werden jedoch nicht berechnet.

Zwei Hauptargumente lassen sich gegen ein nicht-Eingreifen in den Markt zu Felde führen; zum einen existiert bereits ein Maß an Eingriffen, weit über das von den österreichern vorgeschlagene Mittel hinausgehend, in Form von lang zeitlich etablierten industriellen Normen. Gleichzeitig sehen wir über die letzten 3 Jahrzehnte einen beispiellosen Anstieg gesellschaftlichen und individuellen Wohlstands. Und darüber hinaus, sei ergänzend festgestellt, dass die Vorteile des gesamtgesellschaftlichen Wohlstandanstiegs deutlich mehr geteilt werden, als jemals zuvor. Vereinfacht gesagt: Das derzeitige Modell angemessener Eingriffe funktioniert.

Zum anderen scheinen Verfechter einer Nicht-Regulierungs-Sichtweise davon überzeugt zu sein, dass individuelle Entscheidungen in der Regel von Ignoranz, Falschinformation oder betrügerischer Absicht beeinflusst sind. //Dies nimmt Hayek als Begründung, dass der Staat nicht handeln dürfe // Ja, Individuen sind in der Lage, Entscheidungen zu treffen, die ihnen selbst, oder anderen Schaden zufügen können. Augenscheinlich ist jedoch, dass wir vermeintlich von Fehlern lernen können und wir für das nächste mal bessere Entscheidungen treffen können. Und ja, manche Entscheidungen sind katastrophal, wie jene, die die Umwelt betreffen. Und: es gibt Fehler, von deren Wiedergutmachung unmöglich ist.

Selbstverständlich können Regulierungen durch Regierungen taktisch unklug, ja, sogar töricht sein. Auch sind desaströse Resultate möglich. Eingriffe können korrumpiert sein, oder schlimmer: strategischen Moral Hazard belohnen. Oder gelegentlich schlicht und einfach nicht funktionieren. Doch können diese Einwände nicht als generelles Argument gegen Regulierungen gelten. Jedoch ist es ein Argument dafür, dass jede Regulierung mit bedacht ausgewählt und sehr sorgfältig geplant werden muss, sowie, dass aus Erfahrungen gelernt werden muss. Die ist, wie auch der Realität mit die man meistern muss, ein vertracktes unterfangen. Nicht-Regulierungs-Befürworter scheinen eine simplere Antwort, das "Nein" zu wählen, eine magische Beschwörungsformel um die Realität weniger real werden zu lassen.

Wieder und wieder, Streitpunkt um Streitpunkt, so nähert man sich Antwort um Antwort den Fragestellungen unserer Hochkomplexen Welt.

Schauen wir uns die jüngere Vergangenheit an, so ist rückblickend die mehrheitliche öffentliche Meinung dahingehend bestätigt worden, dass Eingriffe im großen Maßstab in das Bankensystem sinnvoll waren und sind, nachdem dieses stark beeinträchtigt war. Es wäre katastrophal gewesen, einfach darauf zu warten, dass der Bankensystem sich wieder rekonstituiert und hätte noch größeren gesellschaftlichen Schaden angerichtet, als durch die Finanzkrise schon so angerichtet wurde. Darüber hinaus: Wenn Konsumenten und Unternehmen ihre Ausgaben senken, müssen die Regierungen sich gegen den Trend stemmen und seine Ausgaben erhöhen. Auf die grundlegende Richtigkeit dieser Logik wies schon Keynes hin.

Der wissenschaftliche Einspruch gegen die Erhöhung in Deutschland ist vor allem, dass diese Erhöhung der Ausgaben Unternehmensausgaben verdrängen. Doch es kann nichts verdrängt werden, was bereits weggefallen ist. Selbstverständlich wird diese Verdrängung von Unternehmensausgaben durch den Staat eine ernsthafte Bedrohung, sobald die Wirtschaft sich erneuert. Und ein inflationärer Druck steht als zukünftige Gefahr am Himmel. Doch heißt dies bloß, dass diese stimulierenden Eingriffe schnell zurück gefahren werden müssen, wenn die Umstände, die zu ihrer Einsetzung führten, sich verändern.

Auf Grund der Eile und Größe der in die Wege geleiteten Ausgaben (begleitet von anderen finanziellen Hilfen für Geschäfts- und Kreditbanken), war von vornherein klar: Geld wird verschwendet, manches auch ohne Einsatzzweck verbrannt. Doch das war

scheinbar der Preis, den man für die "Kernschmelze des Finanzsektors" bereit war zu zahlen.

Die Analogie mag vielleicht überstrapaziert sein, doch sie trifft immernoch: Wenn das Haus in Flammen steht, schütte Wasser überall hin, um die Flammen auszulöschen. Danach beginnt der schwierige Prozess: Wir müssen den Keller auspumpen und Bauschäden der Konstruktion reparieren.

(vgl. ?, S.23f): „Jeder Versuch, zwar den laufenden Betrieb vom Wettbewerb bestimmen zu lassen, aber die großen Entscheidungen über die Vorsorge für die Zukunft einer zentralen Planungsbehörde zu übertragen, muß langfristig zu einer vollständigen Planwirtschaft führen.“